

Handwerk in Rheinhausen



Freitag, 29. April 2022

INFOS & SERVICE ONLINE UNTER WWW.HWK.DE

Nr. 7



KURSANGEBOTE

Lehrgänge in Mainz:
Geprüfte/r Betriebswirt/in (HwO)
Teilzeitkurs:
ab 10.05.2022

Betriebliche/r Datenschutzbeauftragte/r
Grundlagenzertifikatslehrgang - online
ab 20.05.2022

Fachmann/-frau für kaufmännische
Betriebsführung in Vollzeit:
ab 09.05.2022

AEOV Auffrischungslehrgang für
Ausbilderinnen und Ausbilder
ab 26.09.2022

Facility Management (IMB) / Fachwirt/
in für Gebäudemanagement (HWK)
ab 20.05.2022

Fachkundige für Arbeiten an
eigensicheren HV-Fahrzeugen
ab 07.05.2022

Der Fachbereich Weiterbildung der Handwerkskammer informiert im Internet unter hwk.de/weiterbildung über das aktuelle Weiterbildungsangebot.

Kontakt:

Ausbildungsberatung:
Bernhard Jansen, Tel.: 06131/99 92 361,
E-Mail: b.jansen@hwk.de
Ralf Weber, Tel.: 06131/99 92 362,
E-Mail: r.weber@hwk.de

Außenwirtschaftsberatung:
Jörg Diehl, Tel.: 06131/99 92 293,
E-Mail: j.diehl@hwk.de

Weiterbildung:
Oliver Schweppenhäuser,
Tel.: 06131/99 92 514,
E-Mail: o.schweppenhaeuser@hwk.de

Digitalisierungsberatung:
Marc Siebert, Tel.: 06131/99 92 275,
E-Mail: m.siebert@hwk.de
Julia Mehr, Tel.: 06131/99 92 276,
E-Mail: j.mehr@hwk.de

Rechtsberatung:
Dirk Cinquanta, Tel.: 06131/9992 333,
E-Mail: d.cinquanta@hwk.de
Tarik Karabulut, Tel.: 06131/99 92 302,
E-Mail: t.karabulut@hwk.de

Unternehmensberatung:
Oliver Jung, Tel.: 06131/99 92 272,
E-Mail: o.jung@hwk.de
Rafaél Rivera, Tel.: 06131/99 92 274,
E-Mail: r.rivera@hwk.de

Technologieberatung:
Sebastian Luber, Tel.: 06131/99 92 277,
E-Mail: s.luber@hwk.de

Internet:
hwk.de
handwerkskram.de

REDAKTION

Handwerkskammer Rheinhausen
Dagobertstraße 2, 55116 Mainz
Tel.: 06131/99 92 100
E-Mail: presse@hwk.de

Verantwortlich: Anja Obermann
Redaktion: Andreas Schröder
Tel.: 0179/90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Die Einfahrt zum bestehenden Gelände des Entsorgungsbetriebs der Stadt Mainz am Laubenheimer Steinbruch

Doch keine Deponie im Laubenheimer Steinbruch?

POLITIK: Aus Sicht von Umweltdezernentin Steinkrüger rechnet sich das Projekt inzwischen nicht mehr.

VON **TORBEN SCHRÖDER**

Keine Deponie für Bauschutt in Mainz-Laubenheim – diesen Beschluss will die Mainzer Umweltdezernentin Janina Steinkrüger im Juli im Stadtrat durchsetzen. „Ich werde dem Stadtrat vorschlagen, das Planfeststellungsverfahren einzustellen und die entsprechenden Beschlüsse aufzuheben“, eröffnete Steinkrüger Mitte April. Mehrere Rahmenbedingungen hätten sich geändert, sodass die notwendige Wirtschaftlichkeit des Vorhabens nicht mehr gewährleistet sei.

Zum einen täten sich in der näheren Umgebung Alternativen für die ursprünglich in Laubenheim geplante Entsorgung von Bauschutt der Deponieklassen I und II auf. Klasse I, mit laut Definition sehr geringer Schadstofffreisetzung, stehe auf der Dyckerhoff-Deponie in Wiesbaden kurz vor der Genehmigung. Gespräche zur Zusammenarbeit mit der Nachbar-Landeshauptstadt liefen bereits. Und bei der Deponie im rheinhessischen Framersheim (Kreis Alzey-Worms) gibt es aktive Bestrebungen, mit Baustoffen der Deponiekategorie II zu verfüllen. Diese Abfälle haben eine höhere

Schadstoffbelastung, die aber noch nicht als gefährlich eingestuft wird.

Bei einem gewissen Anteil an Asbest wird von gefährlichen Abfällen gesprochen. Und in der Hochstraße in Mainz-Mombach, die abgerissen werden soll, wurde unlängst bei Untersuchungen Asbest festgestellt. „Damit käme die Hochstraße für die Verfüllung in Laubenheim nicht mehr infrage“, sagt Steinkrüger. Damit falle ein wesentlicher Punkt bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung weg. Zudem steige das Investitionsvolumen, denn bei einem hydrologischen Gutachten kam heraus, dass die Stabilität eines Teils des angrenzenden Hanges nicht der europäischen Norm entspricht. Wie teuer die Hangsicherung beim Bau der Deponie würde, ist unklar. „Aber die Feststellung könnte zur Folge haben, dass angereicherter Untergrund gar nicht mehr verfüllt werden kann.“

Alles in allem stehe in Aussicht, dass sich die Bauschutt-Deponie im Mainzer Südosten nicht rechnen. Die Investitionskosten würden zusehends unabsehbar, und der Stadtrat hatte seinerzeit beschlossen, nur Abfälle aus der Stadt Mainz und dem Kreis Mainz-Bingen in Laubenheim zuzulassen.

Durch die Kreislaufwirtschaft steige der Anteil an Recyclingbaustoffen, sodass der Bedarf an Deponieflächen für Bauschutt absehbar sinke. In Summe sieht Steinkrüger grundlegend andere Vorzeichen als beim Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2015, als das Projekt beschlossen worden war.

Die Handwerkskammer Rheinhausen hatte sich für die Schaffung wohnortnaher Entsorgungsmöglichkeiten für mineralische Bauabfälle ausgesprochen. Kurze Transportwege würden die Umwelt schonen und die Baukosten verringern. Als die Bauschutt-Deponie in Laubenheim angegangen worden war, lagen allerdings die Optionen Wiesbaden und Framersheim noch nicht auf dem Tisch. Eine Bürgerinitiative hatte sich vehement gegen die geplante Bauschutt-Deponie in Laubenheim eingesetzt und mit Klage gedroht. Ein Effekt war, dass sich das Planverfahren deutlich in die Länge zog, zulasten der Rentabilität. 1,2 Millionen Euro hat die Stadt laut Steinkrügers Auskunft bislang an Planungskosten in das Vorhaben gesteckt.

Ein Fünftel der 56 Hektar großen Deponie sollte, so der ursprüngliche Stadtratsbeschluss, mit Bauschutt der Deponieklassen

I und II verfüllt werden. Geplant war ein Zeitfenster von etwa 16 Jahren, danach sollte eine Renaturierung erfolgen. Bislang wird der frühere Steinbruch der HeidelbergCement mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt. So soll es auch weitergehen, wenn Steinkrügers Vorschlag im Stadtrat eine Mehrheit findet. Ob eine Hangsicherung durch die Auffüllung gewährleistet werden könne, werde sich im Laufe des Jahres zeigen. Die Dezernentin rechnet damit, dass die Verfüllung vom Stadtratsbeschluss an zehn bis 15 Jahre dauern wird.

Und dann? Der verschiedentlich vorgeschlagene Baggersee werde nicht kommen, aufgrund der Auflage, dort das Grundwasser zu schützen. „Wir müssen die Naturschutzpläne überarbeiten und werden die Ziele von Naturschutz und Naherholung weiter verfolgen“, sagt Steinkrüger, die perspektivisch am Laubenheimer Steinbruch eine ruhige, naturnahe Form der Naherholung anstrebt. Den Partnern der städtischen Ampel-Koalition sei das Vorhaben bekannt, mit Widerspruch gemeldet habe sich noch niemand. Vor dem Stadtratsbeschluss wird das Thema im Werksaus-

Handwerk irritiert von Aus für Pläne

STIMMEN: Framersheim und Wiesbaden kein ausreichender Ersatz für Deponie im Steinbruch Laubenheim.

„Das ist ein schlechter Tag für alle Mainzer Bürger, die zukünftig bauen wollen“, kommentiert Peter Karrié, Obermeister der Bau-Innung Mainz, die Entscheidung der Mainzer Umweltdezernentin Janina Steinkrüger, die geplante Deponie für Bauschutt im Laubenheimer Steinbruch nicht zu realisieren. Die Stadt Mainz verspiele „die Möglichkeit, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen“, während sie auf Hilfe aus Wiesbaden und auf geplante Deponievorhaben hoffe.

Aus Karriés Sicht setze die Stadtverwaltung damit leichtfertig und vorschnell viele Projekte und insbesondere den Wohnungsbau aufs Spiel. „Bauvorhaben können nur dann wirtschaftlich abgewickelt werden, wenn der unvermeidliche Erdaushub und Abfälle nicht über hunderte von Kilometern transportiert werden müssen. Diese Zeche zahlt immer der Kunde“, stellte Karrié klar. Profitieren von der Einstellung des

Vorhabens würden aus seiner Sicht vor allem die Bürger, die bereits gebaut haben und über ein Eigenheim verfügen.

Suche nach möglichen Lösungen

Der Obermeister hält es für unverzichtbar, sich noch einmal mit der Sache zu befassen. Technische Gründe, die zu einem Scheitern des Projektes führen könnten, lässt er nicht gelten: „Wir sind Bauunternehmer. Wenn es technische Probleme gibt, suchen wir Lösungen, setzen uns an den Tisch und finden auch einen Weg, um ein Projekt abzuschließen. Es wäre geradezu fahrlässig, wenn nach der langen Planungsphase die Stadt gar nicht erst nach Lösungen sucht, sondern dieses richtungsweisende Zukunftsprojekt vorschnell beerdigt.“ Die von Steinkrüger als Ersatz vorgeschlagenen Deponien in Wiesbaden und Framersheim hätten naturgemäß endliche Kapazitäten. Man verschiebe die Lösungsfindung damit

nur in die Zukunft, anstatt sie direkt anzugehen, so Karrié.

Auch politisch hält Karrié es für ein falsches Signal, bei den seit der Ukraine-Krise stark steigenden Energie- und Dieselpreisen die Verantwortung aus der Hand zu geben. „Ob uns Wiesbaden, das bestimmt seine eigenen Entsorgungsprobleme hat, mit unseren Abfällen helfen wird, wage ich sehr zu bezweifeln. Und ob in Framersheim irgendwann einmal etwas gebaut oder erweitert wird, wird den Bürgern und unseren Mitgliedern nicht helfen, wenn beim nächsten Wohnungsbauprojekt die Preise weiter explodieren. Ich halte es schlicht und einfach für falsch, dass die Landeshauptstadt auf Dritte setzt. Ein Unternehmen kann und würde so nie arbeiten“, stellt Karrié abschließend klar. Gleichzeitig bietet Karrié der Stadt Mainz an, den Gesprächsfaden, etwa zur Abklärung von technischen Lösungsmöglichkeiten, aufzunehmen.

„Die Handwerkskammer Rheinhausen ist sehr verwundert über diese Entscheidung, da aus dem Baubereich schon seit vielen Jahren fehlende Entsorgungskapazitäten im Umland bemängelt wurden und der Antrag für eine Deponie eigentlich schon seit Jahren hätte entschieden sein sollen“, sagt auch Dominik Ostendorf, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Rheinhausen.

Kammer will Gespräch suchen

Ob die benötigten Kapazitäten plötzlich mit den beiden genannten Deponien in Framersheim und Wiesbaden abgedeckt werden können, erscheint auch ihm fraglich. „Die Handwerkskammer Rheinhausen wird gemeinsam mit der Bauwirtschaft in Rheinland-Pfalz und den regionalen Innungen die Auswirkungen der Entscheidung auf die Bauwirtschaft in Rheinhausen prüfen und mit der Stadt Mainz diskutieren.“ **AS**

FAQ FÜR BETRIEBE

Beschäftigung von Geflüchteten aus der Ukraine

Auch im Handwerk ist die Hilfsbereitschaft für die Menschen aus der Ukraine groß. Der Gedanke liegt nahe, Geflüchteten eine Arbeitsstelle im heimischen Handwerksbetrieb anzubieten. Doch worauf ist bei der Beschäftigung geflüchteter ukrainischer Staatsangehöriger zu achten? Die Handwerkskammer Rheinhessen hat unter hwk.de die Antworten auf die häufigsten Fragen zusammengestellt. Hier finden Sie einen Auszug:

Frage: Dürfen ukrainische Staatsangehörige in Deutschland eine Erwerbstätigkeit ausüben?

Antwort: Ukrainische Staatsangehörige, die vor dem 24.02.2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten, sowie deren Familienmitglieder, erhalten den Schutz der Massenstrom-Richtlinie. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde gemäß § 24 Aufenthaltsgesetz. Diese ermöglicht einen freien Arbeitsmarktzugang ohne Notwendigkeit einer Zustimmung durch die Agentur für Arbeit. Auf der Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz wird „Erwerbstätigkeit erlaubt“ vermerkt. Damit sind uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang und auch Zugang zur selbständigen Beschäftigung gegeben. Der Aufenthaltstitel mit integrierter Arbeitserlaubnis muss zwingend vor Arbeitsbeginn vorliegen.

Frage: Worauf muss in Sachen Arbeitsrecht, Bezahlung und Sozialversicherung geachtet werden?

Antwort: Auch für Mitarbeiter aus der Ukraine gelten die deutschen Bestimmungen des Mindestlohns. Darüber hinaus sind in einigen Branchen tarifvertragliche Vereinbarungen zu beachten. Stellt ein Unternehmen in Deutschland einen Arbeitnehmer aus dem Ausland ein, gelten für ihn die gleichen Regeln wie für inländische Beschäftigte. Das betrifft sowohl das Arbeitsrecht als auch die Sozialversicherung. So beginnt die Sozialversicherungspflicht zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung für alle Beschäftigten mit der Aufnahme ihrer Beschäftigung.

Frage: Wie funktioniert die Rekrutierung ukrainischer Mitarbeiter?

Antwort: Es gibt auf die Ukraine spezialisierte Stellenbörsen. Diese finden Betriebe auf der Homepage der Handwerkskammer unter hwk.de. Betriebe können Ihr Stellenangebot aber auch auf der Jobbörse der Arbeitsagentur oder dem Fachkräfteportal der Handwerkskammer (für Handwerksbetriebe) einstellen. Personen, die in der Ukraine bereits eine berufliche Ausbildung erworben haben, können ihren Abschluss in Deutschland anerkennen lassen. Zuständig sind die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer. Vermutlich werden aber viele arbeitsfähige Geflüchtete keine Nachweise für ihre Qualifikationen oder Berufserfahrungen mitgebracht haben.

BIM-Bingen lockt Jugendliche mit Azubi-Potenzial

NACHWUCHS: Anmeldung zur BIM Rheinhessen bald möglich.

VON ANDREAS SCHRÖDER

Im Laufe der Coronakrise haben sich die Handwerkskammer Rheinhessen und die Kreishandwerkerschaften einiges einfallen lassen, um bei jungen Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu werben. Mit neuen Social Media-Auftritten und Angeboten wie dem Makerspace in Mainz und der Plattform machdeinhandwerk.de konnten zahlreiche potenzielle Auszubildende erreicht werden. Doch auch mit diesen neuen Möglichkeiten bleiben Berufsbildungsmessen, die ein Kennenlernen von Mensch zu Mensch möglich machen, ein wichtiges Werkzeug der Berufsorientierung.

Die Erwartungen, die auf der Berufsinformationsmesse Bingen (BIM) Anfang April ruhten, waren dementsprechend groß. Mit Ausnahme der BIM Worms 2021 war es die erste Veranstaltung dieser Art seit Beginn der Pandemie.

Matthias Kafitz, Fachbereichsleiter Ausbildung der Handwerkskammer, und Stefan Korus, Vorsitzender Kreishandwerkersmeister in Mainz-Bingen, zeigten sich mit dem Erfolg des gemeinsamen Messestands zufrieden. Natürlich erreichte die BIM Bingen nicht so viele junge Menschen wie die große Messe in Mainz, räumte Stefan Korus ein. Die Qualität der Gespräche Anfang April sei aber „fast besser“ gewesen. „Besonders gefreut hat mich, dass viele Schüler mit ihren Eltern da waren“, berichtet Kafitz. „Wir können Schülern das Handwerk schmackhaft machen, aber wenn die Unterstützung der Eltern fehlt, führt das oft zu nichts“, erklärt er. Auch die Jugendlichen selbst seien überdurchschnittlich engagiert und gut vorbereitet gewesen, berichten Korus und Kafitz einhellig. Das Handwerk sei wieder ein Begriff. Man habe in den letzten Jahren viel Geld in die Hand genommen, um für die



Starker gemeinsamer Auftritt: Der Stand der Handwerkskammer Rheinhessen, der Kreishandwerkerschaft Mainz-Bingen und der Mainzer Metzgerei Walz bei der BIM in Bingen.

Ausbildung zu werben, erinnert der Kreishandwerkersmeister. „Das scheint inzwischen zu fruchten.“

Mehr Engagement wünschen sich Korus und Kafitz von den Ausbildungsbetrieben. Von den 56 Ausstellern auf der BIM waren nur gute zehn Prozent dem Handwerk zuzurechnen. Natürlich könne das aktuell auch eine Folge der Krise sein. Einige Betriebe hätten wirtschaftlich gelitten, andere haben aufgrund der vollen Auftragsbücher schlicht keine Möglichkeit, Personal für eine Messe bereitzustellen. Trotzdem

müssten mehr Betriebe bereit sein, aktiv um Nachwuchs zu werben und die Berufsorientierung zu unterstützen, wenn man sich dem Fachkräftemangel entgegenstellen wolle.

Die nächste Gelegenheit, den eigenen Ausbildungsbetrieb bei einer Berufsorientierungsmesse zu präsentieren, ist die BIM Rheinhessen Anfang Oktober in Mainz. Interessierte Betriebe können sich an die Handwerkskammer Rheinhessen (hwk.de) und an die Kreishandwerkerschaft Mainz-Bingen (khs-mainz-bingen.de) wenden.

Corona verändert die Lehrsituation

NACHWUCHS: Erste Freisprechungsfeier nach zwei Jahren Pandemie – Handwerk entscheidender Teil der Klimawende

VON JOCHEN WERNER

Aus einer „verschwommenen Perspektive“ wurde ein Fundament fürs Leben – und das trotz widriger Umstände in der Corona-Pandemie und zeitweise fehlenden Präsenzunterrichts in Berufsschulen und in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten. „Corona verändert die Ausbildungssituation im Handwerk“, betonte Reimund Niederhöfer, Obermeister der „Innung für Elektro- und Informationstechnik in Rheinhessen Bingen-Mainz-Worms“. Trotzdem: Erstmals seit dem Beginn der Pandemie konnte Anfang April wieder gemeinsam die Freisprechung gefeiert werden. Insgesamt 69 von 89 Auszubildenden im Bereich der Elektro- und Informationstechnik hatten in Rheinhessen im vergangenen Sommer und im Winter ihre Prüfungen bestanden und geben jetzt als Jungesellen Wissen und Können zum Wohl der Kunden weiter.

Das Binger Rheintal-Kongresszentrum gab den festlichen Rahmen der Feierstunde, bei der die jungen Fachkräfte ganz im Mittelpunkt standen. Sie alle haben laut Niederhöfer „den inneren Schweinehund“ überwunden und ihr Leben und ihr berufliches Fortkommen jetzt selbst in der Hand. Sein Rat: „Machen Sie Ihren Meister. Weiterbildung und Mut zu Verände-



Die Jungesellen und -gesellen des Prüfungsjahrgangs 2021/22 der Innung für Elektro- und Informationstechnik in Rheinhessen

rungen sind wichtig!“ Dazu gehörten auch Existenzgründungen. Der Gesellenbrief eröffne Chancen, die genutzt werden wollen. Der Grundstein sei gelegt für den Weg in die Selbstständigkeit oder den zum Hochschulstudium – ob als IT-Manager oder als Powerworker und vor allem als angehender Meister und Lehrherr kommender Ausbildungsgenerationen.

„Die meisten Kinder wollen etwas im handwerklichen Bereich machen, bis sich die Erwachsenen einmischen.“ Kammerprä-

sident Hans-Jörg Friese betonte die Bedeutung der Ausbildungsberufe, in denen anders als in der Schule eben nicht nur Wissen, sondern vor allem Können vermittelt werde. Natürlich gelte auch der Umkehrschluss: „Ihr Beruf verantwortet Menschenleben“, so Friese, der die Verantwortung hervorhob, die jeder mit abgeschlossener Ausbildung übernehme. Allein: Zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen fehlten rund 200.000 Fachkräfte in Deutschland. „Handwerker“, so Friese, „sind zentral für die Klimaneutralität

des Landes.“ Eine Beschäftigungsgarantie war deshalb nie so sicher, wie heute.

Vor der Freisprechung und der Übergabe der Gesellenbriefe durch Lehrlingswart Stefan Ehleiter hatte Karlheinz Nagel als Prüfungsvorsitzender mehr als nur bloße Zahlen parat. „Sie sind ein ganz entscheidender Teil der Energiewende“, gab er den frischgebackenen Gesellen mit auf den Weg und appellierte an deren Herzblut, weiterhin am Ball zu bleiben. 22 Prüfer leisteten an den Prüfungstagen weit mehr als 260 ehrenamtliche Arbeitsstunden ab, ohne Vor- und Nachbereitung. Und das alles für einen ganz besonderen Tag. „Die Freisprechung stellt einen Meilenstein im Leben junger Menschen dar, ist eine Wertschätzung der Kammer, der Innung und der Lehrherrn“ gegenüber den Jungesellen und -gesellen, so Nagel. Verstaubt? Keineswegs! Dafür festlich und in angenehmer Atmosphäre.

Positiv galt es herauszuheben, dass keiner der Prüfungstage zu einem Corona-Hotspot wurde. In der Winterprüfung hatten 46 von 68 Prüflingen bestanden. Die Durchschnittsnote von 3,6 lag auf dem Niveau des Jahres 2017, zehn Leistungen wurden mit „gut“ bewertet. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 gab es keine „gute“ Leistung, lag der Schnitt nur bei 3,8. Insgesamt hatten 75 Prozent der Prüflinge die Sommer- und Winterprüfungen 2021/22 bestanden.



5. HwO-NOVELLE
IN KRAFT GETRETEN

HANDWERKSRECHTLICH UP TO DATE SEIN!

MIT DER HANDWERKSORDNUNG 2021

In der 55. Auflage unseres Titels haben sich folgende Gesetze oder Verordnungen geändert:

- Handwerksordnung, inkl. der Anlagen A, B und D
- Verordnung über verwandte Handwerke
- Berufsbildungsgesetz
- Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz



55. Auflage 2021
ISBN 978-3-86950-519-0
Stand: 1. Juli 2021
Umfang: 384 Seiten
12,80 € zzgl. Versandkosten

Bestellungen und weitere Informationen unter: 0211/390 98-27 oder vh-buchshop.de/1820hwo
Irrtümer/Preisänderungen vorbehalten